

Auch wirtschaftlicher Schäden für die Stadt Wiesbaden



Die Stadt Wiesbaden versucht mit einem Maßnahmenpaket ein Dieselfahrverbot zu verhindern. Es spricht jedoch vieles dafür, daß die stickstoffoxidbelastete Landeshauptstadt dies in naher Zukunft nicht verhindern kann.

Ein Dieselfahrverbot käme einer Enteignung von fast 50.000 Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern gleich. Die Bundes- und Landesregierung lag jahrzehntelang im Dornröschenschlaf und wird nun unsanft von Stickstoffschwaden geweckt.

Die Stadt Wiesbaden und insbesondere die Bevölkerung muß nun dafür geradestehen, daß sich in Zeiten von GroKo und Schwarz-Grün in puncto ‚saubere Luft‘ nichts getan hat.

Selbstverständlich sind Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität unausweichlich. Schließlich geht es auch um die Gesundheit der Menschen. Aber auch die Stadt Wiesbaden hat mit der Einführung der Umweltzone nur reine Symbolpolitik betrieben.

Das erst jetzt kurz vor der Entscheidung über ein Verbot ein Maßnahmenpaket vorgelegt wird, ist ebenfalls fahrlässig. Wir müssen wohl damit rechnen, daß in Wiesbaden bald Dieselfahrzeuge verbannt werden.

ESWE-Verkehr hat letztes Jahr seine Flotte mit 25 neuen Dieselfahrzeugen mit Euro VI Abgastechnik aufgerüstet. Aber welches kleine und mittelständische Unternehmen kann sich das in dieser kurzen Zeit leisten?

Pendler, Handwerker und viele andere Gewerbesteuerzahler, die auf ihre Dieselfahrzeuge angewiesen sind, stehen vor einer massiven wirtschaftlichen Belastung, die mit Sicherheit den einen oder anderen in die Insolvenz oder zu einem anderen Standort treibt.

Kommt es zur Enteignung der Dieselfahrer?

Dienstag, den 25. April 2017 um 13:37 Uhr - Aktualisiert Dienstag, den 25. April 2017 um 13:44 Uhr

Diese Belastungen werden sich auch gravierend auf die städtischen Finanzen auswirken...